

Braune Suppe im Boden

In Berlins Mitte werden immer neue Reste von NS-Bunkern ausgegraben. Derweil wächst die Kritik an dem hier geplanten Holocaust-Mahnmal.

Zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz schieben Bulldozer die Fundamente von NS-Bunkern und -Bauten zusammen, daneben stehen Denkmalschützer und durchsuchen den Aushub. Hinter einem übermannshohen Bretterzaun wird derzeit ein Stück Geschichte beseitigt.

Quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit, so empört sich Eberhard Elfert vom Verein „Berliner Unterwelten“, werde hier „das letzte Stück der Terrorzentrale der Nazis“ geschleift. Zweck der Übung: Die Stadt Berlin braucht Platz für das auf 20 000 Quadratmetern geplante Holocaust-Mahnmal.

Über dessen endgültige Form soll im März entschieden werden, vier Entwürfe liegen vor. Die Bundesregierung, der Berliner Senat und der Förderkreis des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“, angeführt von der Journalistin Lea Rosh, peilen nach zehnjährigem Findungs-marathon die Ziellinie an.

Die unmittelbare Umgebung des ausgewählten Areals ist historisch gründlich vorbelastet: Noch steht eine Hälfte des großen Bunkers von Hitlers Neuer Reichskanzlei, noch sind der Fahrerbunker samt völkischer Malerei erhalten sowie Bodenplatte und die Außenwände des Führerbunkers, die Fundamente von Hitlers Orangerie und der Goebbels-Bunker.

„Dies ist historisches Gelände, von Bismarck bis Hitler standen hier alle im Sand“, meint auch Berlins Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz Peter Strieder (SPD) – und stellt sogleich klar, warum die Fluchtburg des Judenhassers Goebbels umgehend wieder zuzuschütten sei: „Wir wissen über das Leben der Nazi-Größen genug.“

Doch je näher der Termin einer endgültigen Entscheidung über das Holocaust-Denkmal rückt, desto größer wird die Fraktion jener, denen unwohl ist, wenn sie an die monumentalen Entwürfe für ein Mahnmal auf den Trümmern der Nazi-Herrschaft denken. „Die



Bauplatz für das Holocaust-Denkmal: „Verzicht aus Einsicht“?

braune Suppe steckt im Berliner Boden. Das wird auch in 100 Jahren noch so sein“, sagt etwa Andreas Nachama, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Nachama rät zu einem Provisorium auf dem vorgesehenen Gelände: Selbst der Goebbels-Bunker könne dabei, ins rechte Licht gerückt, seinen Platz finden.

Tatsächlich wird Berlins jüngere Vergangenheit im großen Stil zubetoniert. Wo jetzt die Sony-Zentrale baut, tagte Freislers Volksgerichtshof. Und auf das Gelände von Albert Speers Ministerium für Bewaffnung und Munition setzt die DG-Bank ihren Neubau.

Wenn es nach dem Willen der Mahnmal-Anhänger geht, wird da, wo einst die Villa von Joseph Goebbels stand, ab Janu-

ar 1999 das von Helmut Kohl und anderen favorisierte „Feld der Erinnerung“ entstehen: ein Denkmal aus 4000 Betonstelen, mit dem die Amerikaner Peter Eisenman und Richard Serra an den millionenfachen Judenmord erinnern wollen.

Die in der Endauswahl verbliebenen vier Entwürfe seien „kein Zeugnis der Vergangenheit, kein Zeichen der Zukunft“, kritisierten Anfang Februar 18 namhafte Intellektuelle, darunter Holocaust-Überlebende wie der ungarische Präsident der Akademie der Künste, György Konrad, und der Regisseur George Tabori, aber auch „Zeit“-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff und der Schriftsteller Günter Grass.

Vorhandene Plätze „authentischer Geschichte, Zeugenschaft und Erinnerung“, zum Beispiel bereits dokumentierte wie die „Topographie des Terrors“, taugen zur Trauer, Mahnung und Aufklärung besser als eine abstrakte Installation auf einem Feld, groß wie ein Sportstadion: „Ein Verzicht aus Einsicht würde alle Beteiligten ehren“, schlußfolgern die Unterzeichner des offenen Briefs.

Der Protest kommt spät, aber massiv wie bei Rechtschreibreform und Lauschan-griff. 528 Entwürfe zu einem „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, dessen Errichtung seit 1988 maßgeblich von Lea Rosh betrieben wird, lagen schon 1995 vor. Das letztendlich prämierte Konzept, eine gigantische Grabplatte mit den Namen aller ermordeten Juden, scheiterte am Veto des Kanzlers.

Kolloquien folgten, neue Entwürfe, neue Debatten. Warum nur ein Denkmal für Juden und nicht auch für die ermordeten Sinti und Roma, Homosexuellen, Kommunisten? Warum so kolossal, an der „Grenze zur Blasphemie“, wie György Konrad sagt, statt einer „Anlage, wo auch die ermordeten Juden gern gespielt und gegessen hätten“?

Konrad erinnert sich und andere an seine „zarten und zierlichen, jedoch verga-sten Cousins“ und tadelt unter den Aus-

NS-Bunkieranlagen um das geplante Holocaust-Mahnmal



lobern des Mahnmals Leute, „deren Vorstellungskraft im Schwinden, während ihr Ego im Anschwellen begriffen ist“.

Die Einwürfe nahezu sämtlicher jüdischer Beobachter lassen den Schluß zu, daß ihnen Nachdenklichkeit in der Frage, wie die Deutschen aus Ost und West ihre Scham in Beton zu gießen gedenken, wichtiger wäre als das Ergebnis.

Doch das Mahnmal, an der Nahtstelle der heranwachsenden Berliner Republik gelegen und vom Volksmund als „Kranzabwurfstelle“ oder „Judenplatte“ vorab verspottet, ist auch und vor allem Projektionsfläche für politische und private Ziele seiner Propagandisten.

Der Bundeskanzler will es, kolossal und bald, weil er im Wort steht – bei den Deutschen, beim Ausland und vor der Geschichte. Ignatz Bubis, der Vorsitzende des



Denkmal-Modell von Eisenman/Serra
„Feld der Erinnerung“

Zentralrats der Juden in Deutschland, will es, weil er auf den pädagogischen Erfolg des Unterfangens hofft. Und Lea Rosh, die alles in Gang gebracht hat, will nicht zuletzt ihr eigenes Engagement verewigt sehen.

In der Jüdischen Gemeinde zu Berlin wird massiv bezweifelt, daß der erneut entflammte Streit in den deutschen Feuilletons über die Qualität des Eisenman/Serra-Entwurfs noch den in Sachen Mahnmal federführenden Kultursenator Peter Radunski (CDU) verunsichern kann. „Der Zigeunerbaron liest keine Zeitung“, spottet ein führendes Mitglied der Gemeinde.

Kanzler Kohl selbst könne nicht mehr zurück, heißt es in Regierungskreisen, zu schwer laste der Erwartungsdruck aus dem Ausland auf ihm. Verhindern ließe sich das Denkmal allenfalls noch durch die Berliner CDU. Ihr Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Klaus Landowsky, hat sich bereits in den Chor der Kritiker eingereiht.

Und nun wagt sich plötzlich auch Eberhard Diepgen, der Regierende Bürgermeister, nach vorn, indem er einer Verschiebung das Wort redet: „Dieses Mahnmal wird für Generationen gebaut. Man kann das nicht unter Zeitdruck entscheiden“, sagt der Christdemokrat. „Ich persönlich finde die Entwürfe nicht überzeugend.“

Zugebaute Scham

RUDOLF AUGSTEIN

Monumente haben im allgemeinen den Zweck, die eigenen vermeintlichen Großtaten oder die vermeintlichen Untaten anderer in der Erinnerung festzuhalten. Daß die schlimmste Untat der eigenen Geschichte festgehalten werden soll, und das inmitten einer Hauptstadt auf einer der zentralsten Flächen: Das hätte von Anfang an bedenklich stimmen müssen.

Es hat aber zehn Jahre gedauert, um in einem Manifest kundzutun: „Wir sehen nicht, wie eine abstrakte Installation von bedrückend riesigem Ausmaß – auf einem Feld von der Größe eines Sportstadions – einen Ort der stillen Trauer und Erinnerung, der Mahnung oder sinnhaften Aufklärung schaffen könnte.“

Unterzeichner sind auch Leute, die einem riesigen Mahnmal ursprünglich das Wort geredet hatten, als ihr Hauptvertreter sei Walter Jens genannt. Er begründet seine Umkehr so vehement wie damals seine Zustimmung. Belegt er nun sein „Nein“ mit „Reichsofferfeld“ oder mit „teutonischem Kolosseum“ – beides geht reichlich weit –, so ist das erlaubt.

Die Grundidee war ja falsch, und dafür können die bildhauerischen Wettbewerber (über 500 an der Zahl) nichts. Die Idee lag mit der Neuerstehung der Hauptstadt in der Luft, und man kann Lea Rosh und Professor Eberhard Jaeckel nicht zum Vorwurf machen, daß sie ihr Herzblut daran gegeben haben. Falsch war, sich von ihrer Rhetorik überrollen zu lassen.

Die damals zustimmten, hatten das ja nicht zuletzt getan, um nicht als Antisemiten zu gelten, sie hatten schlicht nicht nachgedacht. Viele konnten sich auch, anders als etwa der Schriftsteller und gelernte Steinmetz Günter Grass, unter räumlichen Dimensionen bildhauerischer Kunst gar nichts vorstellen. Hauptsache, weg vom Tisch, egal wie.

Das Mißlingen des ganzen Projekts hätte vor zehn Jahren klar sein müssen, aber die Betreiber ließen nicht locker, andere scheuten sich, frühere Positionen aufzugeben. So war denn zwangsläufig, daß es bis zur letzten Zuspitzung dieser verzweifelten Anstrengung kam, über deren Schicksal der nun wohl Unkundigste von allen, Kanzler

Kohl, entscheiden wird. Da er früher dagegen war, wird er nun im Wahljahr dafür sein, whatsoever.

Die gebürtige Moskauerin Sonja Margolina spricht von einer „Pseudodebatte“ als „kollektivem Beruhigungsmittel“. Nichts anderes ist es. Einer der frühesten und schärfsten Kritiker, der Ungar und Schriftsteller György Konrád, hat die in die Endauswahl gelangten Entwürfe als „gnadenlosen oder didaktischen Kitsch“, voll „besserwisserischer Anspielungen“ und „geschraubter Symbole“, als „Arroganz gegenüber den Anwohnern und den Besuchern“ bezeichnet.

Das ist pauschal geurteilt. Dennoch: Zumindest „Arroganz gegenüber den Anwohnern und den Besuchern“ wird man dem von Kohl letztlich auszuwählenden Entwurf von Serra/Eisenman nicht absprechen können.

Wie kommt Kohl überhaupt in die Schußlinie? Weil Bundesinnenminister Kanther und Bürgermeister Diepgen, als Vertreter von Bund und Land zuständig, überhaupt kein Mahnmal dieser Art wünschen. Statt dessen hat der Kanzler sich mit seinem früheren Adlatus und jetzigem Berliner Kultursenator Radunski der Sache angenommen. Niemand bezweifelt, daß sie sich der wertvollen Unterstützung von Frau Lea Rosh versichern werden.

Zu stoppen ist wohl gar nichts mehr.

Von den Entscheidungsträgern hat wohl keiner jene Scham empfunden, die in sich eindringen zu lassen, schon den Zeitgenossen des Holocaust schwerfiel.

Man kann ein Monument für eine Sache errichten, aber keines gegen sich selbst. Schmach und Schande, sie tragen keine Monumentalität. Die Empfindung von Schmach war nicht die des Adenauer-Staates. Versöhnen wird man mit diesem Betonpfeiler-Feld niemanden, allenfalls unproduktiven Ärger auslösen. Dies Mahnmal regt nur jene zum Nachdenken an, die berufen sind, die zu erwartende Beschmutzung auf billigstem Niveau zu verhindern.

Man kann sich lebhaft vorstellen, daß hier ein Sammelpunkt für sämtliche Radikalen von rechts und links, von Skins und Autonomen entstehen wird, der Tag und Nacht bewacht werden muß. Man sieht Wachtürme und Stacheldraht schon vor sich.